

den letzten Monaten war es zu einer Reihe von Protestaktionen von Arbeitern in staatlichen Betrieben gegen den Verlust der Arbeitsplatzgarantie und gegen die Einführung von Leistungsgehältern gekommen. (Siehe u.a. C.a., Mai 1992, Ü 23) -sch-

*(12)

Zahlen zu den Todesopfern der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 in Beijing

Der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* zufolge haben Mitarbeiter der Zentralen Erziehungskommission folgende Angaben über die Zahl der Todesopfer der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 unter den Studenten und Lehrkräften in Beijing gemacht: 39 Studenten und 15 Lehrkräfte von Beijinger Hoch- und Fachschulen kamen demzufolge Anfang Juni 1989 ums Leben (*Zhengming*, Juli 1992, S. 22). Diese Zahlen enthalten nicht die Toten unter anderen Schichten der Zivilbevölkerung. Sie enthalten auch nicht die Todesopfer unter den Studenten, die von anderen Orten nach Beijing kamen, um sich der Protestbewegung anzuschließen. Bekanntlich waren in den letzten Tagen der Bewegung mehr auswärtige als Beijinger Studenten an den Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz beteiligt gewesen. -sch-

Kultur

*(13)

Gründung einer Chinesischen Gesellschaft zur Förderung des Kulturaustauschs und der Zusammenarbeit

Mitte Juni 1992 wurde in Beijing in der Großen Halle des Volkes eine nicht-staatliche Gesellschaft, die Chinesische Gesellschaft zur Förderung des Kulturaustauschs und der Zusammenarbeit (*Zhonghua wenhua jiaoliu yu hezuo cujin hui*), gegründet. Zweck der Gesellschaft ist es, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Chinesen im In- und Ausland auf den Gebieten Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern. Die Gesellschaft wendet sich an die Landsleute in Taiwan, Hongkong, Macao und die Über-

sechinesen mit dem Ziel, "die hervorragende chinesische Kultur zu erben und weiterzuentwickeln" sowie den Wissenschafts- und Wirtschaftsaustausch zu intensivieren und so einen Beitrag für den Aufschwung Chinas zu leisten. (RMRB, GMRB, 16.6.92)

Vorsitzender der Gesellschaft wurde Cheng Siyuan, Vizepräsident der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Er machte in seiner Rede anlässlich der Gründung deutlich, daß die Gesellschaft im Grunde dazu dienen soll, die kulturspezifischen Kräfte der Chinesen in- und außerhalb der Volksrepublik China zu bündeln und für die Zukunft Chinas einzusetzen. Die chinesische Kultur, so sagte er, berge einen unternehmerischen, vorwärtsstrebenden Geist, einen schöpferischen Geist, der alles übernimmt und das Alte und Moderne miteinander verschmilzt, und einen Patriotismus, der sich mit ganzer Kraft für das Vaterland einsetzt und dazu ermutigt, Stärke zu demonstrieren. Die Chinesen müßten sich bemühen, die chinesische Kultur zu entfalten und zur Blüte zu bringen und durch Austausch und Zusammenarbeit die Modernisierung und die friedliche Vereinigung zu erreichen.

Kürzlich war eine ähnliche Gesellschaft errichtet worden, die Chinesische Gesellschaft zur Förderung der Nationalkultur (s. C.a. 1992/3, Ü 16). Wie diese ist auch die neugegründete Organisation auf die Zusammenarbeit mit Taiwan, Hongkong, Macao und den Überseechinesen ausgerichtet. Der formale Rahmen, den diese Gesellschaften bieten, sind Ausdruck dafür, daß die Volksrepublik derartige Kontakte nicht nur befürwortet, sondern auch wünscht, denn selbst wenn es sich um nichtstaatliche Organisationen handelt, haben sie halb-offiziellen Charakter. -st-

*(14)

Erste Wissenschaftlerdelegation des Festlands nach Taiwan

Anfang Juni 1992 flog die erste Wissenschaftlerdelegation der Volksrepublik China zu einem Besuch nach Taiwan. Es handelte sich um 6 Wissenschaftler der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und deren Ehefrauen, die sich auf Einladung des bekannten Physikers Wu Dayou für zehn

Tage in Taiwan aufhielten, um Forschungs- und Universitätsinstitute sowie mittlere und kleine Betriebe zu besuchen. (RMRB, 7.6.92) Nach ihrer Rückkehr berichteten die Wissenschaftler begeistert von dem herzlichen Empfang, der ihnen in Taiwan bereitet worden war. Auch zeigten sie sich sehr beeindruckt von dem hohen Niveau der industriellen Entwicklung, insbesondere der Mikroelektronik, in Taiwan. Mit dem hohen Stand der industriellen Entwicklung auf Taiwan sowie dem großen Reservoir an Fachkräften und der Stärke in bezug auf die Grundlagenforschung auf dem Festland, so meinten sie, sollten die Chinesen China gemeinsam entwickeln, damit die chinesische Nation dem Wettbewerb des 21. Jahrhunderts gewachsen sei. (GMRB, 20.6.92; Xinhua, chin., 21.6.92, nach SWB, 29.6.92) Auch die Medien auf Taiwan berichteten ausführlich über die Besucherdelegation. Wahrscheinlich wird der Wissenschaftleraustausch zwischen Taiwan und dem Festland jetzt stetig zunehmen. Für Anfang Juli wurde bereits eine zweite Wissenschaftlerdelegation nach Taiwan angekündigt (GMRB, 25.6.92). -st-

*(15)

Planung für die Herausgabe alter Texte

Ende Mai 1992 fand in Beijing eine Fachtagung über die Herausgabe alter Texte statt. Es handelte sich um die dritte derartige Tagung; die beiden vorausgegangenen hatten 1962 und 1982 stattgefunden. Zweck dieser Konferenz war es, über die künftige Planung hinsichtlich der Neuordnung und Publikation alter Texte zu diskutieren. Als Ergebnis wurde ein "Zehnjahresplan und der 8.Fünjahresplan für die Herausgabe alter chinesischer Texte" für den Zeitraum 1991 - 1995 - 2000 erörtert und im wesentlichen verabschiedet, wie es hieß, "im Geiste der Verantwortung für das Volk, die Geschichte, die Wissenschaft und die nachfolgenden Generationen". Entsprechend dem Plan sollen in den kommenden zehn Jahren pro Jahr 150 alte Texte geordnet und herausgegeben werden. Leitender Gedanke dabei ist, die "Essenz" (*jinghua*) der traditionellen nationalen Kultur zu erhalten.

Unter der Führung einer "Kleinen Planungsgruppe des Staatsrats für die Herausgabe alter Texte" wurden die

Geschichte und gegenwärtige Lage der Herausgabe alter Texte sachlich bewertet und Verbesserungsvorschläge eingebracht. Die in den 8.Fünfjahrplan aufgenommenen 1.012 alten Texte umfassen acht Gebiete: Literatur, Geschichte, Philosophie, Religion, Sprache und Schrift, ausgegrabene Dokumente, Wissenschaft und Technik sowie umfassende Werke (*zonghe*). Im Vergleich zu den beiden früheren Planungen von 1962 und 1982 wurden die Rubriken ausgegrabene Dokumente, Wissenschaft und Technik sowie Religion neu aufgenommen. (RMRB, 1.6.92)

Die aufgrund der Fortschritte in der archäologischen Arbeit in den letzten Jahren ausgegrabene Texte, so heißt es in dem Bericht, hätten das Erscheinungsbild einiger Wissenschaften verändert, so daß in einigen Fällen die Geschichte sogar neu geschrieben werden müsse. Im Hinblick darauf seien die ausgegrabene Dokumente nicht den Rubriken Geschichte und Sprache/Schrift zugeordnet, sondern als eigene Rubrik eingerichtet worden, auf einer Ebene mit Literatur, Geschichte und Philosophie. Alte naturwissenschaftliche und technologische Texte seien ein noch weitgehend unerschlossener Schatz; allein die vorhandenen alten Texte zur chinesischen Medizin zählten 12.000, doch auch diese seien bislang nur unzureichend bearbeitet. Die Texte zu Wissenschaft und Technik umfaßten solche über Agronomie, Medizin, Mathematik, Astronomie, Physik, Chemie und Ingenieurwesen. Hohe Qualität beim Ordnen und Herausgeben der alten Texte wurde von allen Teilnehmern der Konferenz als oberstes Gebot herausgestellt.

Die Herausgabe alter Texte und historischer Quellen hat in China eine lange Tradition. Nicht wenige Wissenschaftler messen dieser Aufgabe im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Arbeit prioritäre Bedeutung bei. In der Vergangenheit war die Editionstätigkeit jedoch häufig durch einseitige Textauswahl und bestimmte ideologische Vorgaben eingengt. Wenn auch die Schranken nicht ganz gefallen sein dürften, so ist das Spektrum doch viel breiter geworden, wie insbesondere die Berücksichtigung religiöser Texte zeigt. Neben dem Interesse der Wissenschaft an der Herausgabe alter Texte ist das politische Interesse nicht zu verkennen. Mit

Ausnahme der radikalen Reformer und Antitraditionalisten ist allen politischen Gruppen daran gelegen, das traditionelle chinesische Kulturerbe zu bewahren und für die Gegenwart nutzbar zu machen. Unter dem Eindruck des westlichen Einflusses in Wissenschaft und Technik gewinnen in diesen Kreisen die traditionellen chinesischen Entwicklungen zunehmend an Bedeutung. Die "Wiederentdeckung" und Verbreitung der eigenen kulturellen Tradition, die seit Beginn der Öffnungspolitik verstärkt zu beobachten ist, soll der Steigerung des nationalen Selbstbewußtseins dienen. In diesem Zusammenhang muß auch die staatliche Förderung der Herausgabe alter Texte gesehen werden. -st-

*(16)

Neue Zeitschrift "Forum des Volkes"

Mitte Juni 1992 erschien die erste Nummer einer neuen Monatszeitschrift, die den Titel "Forum des Volkes" (*Renmin Luntan*) trägt. Es handelt sich um eine umfassende politische Zeitschrift, die sich an die Basiskader und an die breite Masse wendet. Sie wird vom Verlag der *Volkszeitung* in Beijing herausgegeben und soll sozialistische Theorien chinesischer Prägung und die Grundlinie der Partei propagieren sowie theoretische und praktische Probleme behandeln, die das Volk interessiert (RMRB, 14.6.92). Diese Zielsetzung verdeutlicht den offiziellen Charakter dieser Veröffentlichung, der auch daraus ersichtlich wird, daß Jiang Zemin den Titel kalligraphierte und Li Peng ein Grußwort für die erste Nummer schrieb. Der Leitartikel steht unter dem Motto "Im Dienste des Aufbaus eines Sozialismus chinesischer Prägung". Weitere Artikel befassen sich mit Deng Xiaopings Reden anlässlich seiner Reise in den Süden sowie mit der Reform- und Öffnungspolitik (vgl. Inhaltsverzeichnis der ersten Ausgabe in RMRB, 22.6.92, S.6). -st-

*(17)

Probleme bei der Einführung des Copyright

Ein Jahr nach Einführung des Copyright in China (vgl. C.a., 1991/6, Ü 13) wurde auf einer vom Staatlichen Copyright-Büro einberufenen Tagung eine im wesentlichen positive Bilanz gezo-

gen. Nach Einführung des Copyright und seiner Durchführungsbestimmungen, so hieß es, habe das Copyright-Büro in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden weitere Bestimmungen formuliert, so u.a. über den Schiedsspruch bei Copyright-Verträgen, über die Bestrafung bei Copyright-Verletzungen, über Maßstäbe für Honorare zu nutzender Werke sowie Muster für Nutzungsverträge. Das Ministerium für Maschinenbau und Elektronik habe darüber hinaus "Bestimmungen zum Schutz von Computer-Software" und "Maßnahmen zur Registrierung von Computer-Software" erarbeitet und verkündet, so daß in China nunmehr das Copyright und die dazugehörige Rahmengesetzgebung in Kraft seien. Damit seien die Vorarbeiten zum Beitritt der Berner Konvention und der Welt-Copyright-Konvention abgeschlossen, und der entsprechende Antrag könne dem Ständigen Ausschuß des NVK zur Diskussion vorgelegt werden. (GMRB, 6.6.92)

Auf der Tagung berichtete der Direktor des Staatlichen Copyright-Büros, Song Muwen, daß man sich in dem Jahr seit Inkrafttreten des Copyright intensiv um die Propagierung des Gesetzes in einschlägigen Kreisen bemüht habe. Sowohl in den damit befaßten zentralen Behörden als auch in den lokalen Verwaltungsorganen für das Copyright seien Schulungen durchgeführt worden; zusätzlich sei umfangreiches Informationsmaterial erschienen, einschließlich Zeitschriften, Büchern und Fernseh- oder Videofilmen. Auch die Copyright-Abtretung ans Ausland, Taiwan, Hongkong und Macao habe eine erfreuliche Entwicklung genommen. Song hob hervor, daß unter den Autoren das Bewußtsein für den Schutz ihrer Urheberrechte deutlich zunehme; so seien seit Inkrafttreten des Gesetzes bei den Volksgerichten gut 150 Verfahren über Copyright-Verletzungen anhängig gewesen (ebd.). Ein anderer Bericht nennt eine Zahl von über 250 Klagen, die seitdem bei den Volksgerichten aller Ebenen anhängig waren, und von über 360 Streitfällen, die seitdem von den jeweiligen Verwaltungsorganen für das Copyright behandelt würden. Die meisten Fälle würden sich auf Beijing, Shanghai, Jiangsu, Hubei, Sichuan, Guangdong, Zhejiang und Hunan konzentrieren, also die wirtschaftlich und kulturell relativ entwickelten Provinzen. Auf jeden Fall würden die Klagen über

Copyright-Verletzungen eine steigende Tendenz aufweisen. Positiv vermerkt wird zudem, daß bereits 24 Einheiten auf Provinzebene Copyright-Büros eingerichtet haben (RMRB, 24.6.92).

Trotz dieser von offizieller Seite positiv dargestellten Entwicklung kann die Realität nicht darüber hinwegtäuschen, daß in bezug auf die Durchsetzung des Copyright erhebliche Mängel bestehen. So hat sich Song Muwen auf der erwähnten Tagung auch kritisch geäußert, indem er zugab, "Chinas höchste Organe, die für die Handhabung des Copyright zuständig sind, haben viele Probleme"; dies trage zu der unzureichenden Durchsetzung der Copyright-Gesetzgebung bei. Zu den Problemen zählten Personalmangel, fehlende Möglichkeiten, die Schuldigen bei Copyright-Verletzungen zu bestrafen, Verzögerungen bei der Erarbeitung von Regelungen zur Koordinierung des Copyright-Gesetzes, was auf Differenzen zwischen den verschiedenen Regierungsorganen zurückzuführen sei, und Verzögerungen beim Aufbau von Verwaltungsorganen für das Copyright aufgrund des Mangels an Personal und Finanzmitteln. Diese kritische Einschätzung zeigt, daß Chinas Copyright-Gesetz noch längst nicht zufriedenstellend angewandt wird.

Die praktischen Probleme bei der Handhabung des Copyright schildert ein Artikel in der *Guangming-Zeitung* vom 1.6.92. Dort heißt es, das Staatliche Copyright-Büro sei aufgrund der ständig zunehmenden Anfragen überlastet, zumal nicht nur Verlage und kulturelle Einrichtungen, sondern auch Betriebe und Handelsorganisationen Informationen einholten und um Entsendung von Fachleuten zwecks Erteilung von Lehrgängen bäten. Der Verfasser des Artikels, ein Reporter, der sich bei den einschlägigen Institutionen kundig gemacht hat, bezeichnet das Copyright-Gesetz als das derzeit komplizierteste Gesetz, bei dessen praktischer Anwendung es zu großen Schwierigkeiten komme. Dies liege zum einen daran, daß das Copyright nicht nur schriftliche Werke, sondern auch Filme, Fernsehsendungen, Kunst usw. betreffe, nicht nur literarische, sondern auch wissenschaftlich-technische, lexikographische und theoretische Werke, nicht nur Originalwerke, sondern auch Bearbeitungen wie Übersetzungen oder umgeschriebene Werke. Auch der Inhalt der Copyright-

Streitigkeiten sei sehr vielschichtig und reiche von Kontroversen um Urhebererschaft und Autorenschaft zu solchen um Honorare, Entschädigungen usw. Zudem gebe es keine einheitlichen Fachmeinungen.

Als dringendste gegenwärtige Aufgabe bezeichnet der Verfasser die Gründung von kollektiven Verwaltungsorganen, deren Aufgabe darin bestünde, Autoren bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, zumal viele nicht über die einschlägige Gesetzgebung informiert seien. Allgemein werde über das mangelnde Verständnis für das Copyright in der Gesellschaft, insbesondere auch bei Verlagen und Einzelpersonen, geklagt. Viele Autoren würden das Copyright nicht verstehen, weil sie ihm nicht genug Bedeutung beimäßen. So soll der Chinesische Schriftstellerverband zu einer Vortragsveranstaltung über das Copyright eingeladen haben, doch sei das Interesse so gering gewesen, daß von den 200 Eingeladenen nicht einmal zehn teilgenommen hätten.

Zum Schluß stellt der Reporter die Frage, ob in China die Voraussetzungen für den Beitritt zur Berner Konvention und zur Welt-Copyright-Konvention in diesem Jahr gegeben seien. Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang auf die gegenseitige Copyright-Vereinbarung zwischen den USA und der VR China vom März 1992. Damit sei ein wichtiger Schritt getan. Von verschiedenen Seiten, so weiß der Verfasser zu berichten, werden jedoch Zweifel geäußert, ob China so kurze Zeit nach Einführung des Copyright-Gesetzes und angesichts des diesbezüglich niedrigen Niveaus mit einmal der internationalen Konvention beitreten solle und ob es in der Lage sei, die Konvention einzuhalten. Ein Verantwortlicher des Staatlichen Copyright-Büros sei solchen Zweifeln mit dem Hinweis begegnet, daß Chinas Beitritt notwendig sei und die Reform- und Öffnungspolitik ebenso wie die Entwicklung des normalen internationalen Austauschs den Beitritt zur internationalen Copyright-Konvention erfordere. Selbst wenn die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen seien, müsse China "aufspringen und Gas geben" ("aufs Pferd springen und es peitschen"). Der Beitritt würde dann umgekehrt das Niveau des Schutzes des Urheberrechts in China anheben.

Auch die wirtschaftlichen Folgen seien zu ertragen, denn die Gebühren seien nicht sehr hoch. (GMRB, 1.6.92)

Von offizieller Seite wird gern hervorgehoben, daß der Schutz des geistigen Eigentums, der nun in China praktiziert würde, Literatur, Kunst und Wissenschaft beleben und die Intellektuellen zu mehr Engagement bringen werde (GMRB, 6.6.92). Es scheint jedoch zweifelhaft, ob das Copyright Einfluß auf das Engagement der Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler hat. Das Desinteresse der Schriftsteller hat seinen Grund: Von den Erträgen aus dem Verkauf des Copyright erhalten sie nämlich nur einen geringen Anteil. -st-

*(18)

Weitere Anreize für zurückkehrende Auslandsstudenten

Einer Meldung von *China Daily* zufolge (11.6.92, nach XNA, 12.6.92) plant die chinesische Regierung weitere Anreize für die Rückkehr von im Ausland Studierenden. Danach hat das Personalministerium eine Resolution vorbereitet, die in Kürze dem Staatsrat zur Zustimmung vorgelegt werden soll. Diese Resolution setzt alle anderen Verträge, die die Studenten vor ihrer Ausreise mit ihrer Einheit geschlossen haben, außer Kraft. Das heißt, die Rückkehrer müssen nicht unbedingt zu ihrer ursprünglichen Arbeitseinheit zurückgehen, sondern sie können selbst entscheiden, wo sie arbeiten möchten. Sie können sogar nach Shenzhen und Zhuhai, zwei der fünf Wirtschaftssonderzonen, oder in die am besten entwickelten Großstädte gehen. Die Behörden für öffentliche Sicherheit werden den Rückkehrern helfen, die Registrierung ihres Wohnortes zu ändern und in eine andere Stadt umzuziehen. Auch die Ehefrauen sowie abhängige Kinder und Eltern können mit umziehen. Den einzelnen Orten ist es erlaubt, Sonderbedingungen für zurückgekehrte Akademiker zu schaffen; Shenzhen z.B. ist dabei, spezielle Anreize zu schaffen.

Wie es in dem Bericht weiter heißt, sind seit 1978 150.000 Studenten, Postgraduierte und Wissenschaftler zum Studium ins Ausland gegangen. Die meisten würden von der Zentralregierung oder ihrer Arbeitseinheit finanziert. Ein Drittel von ihnen sei bisher zurückgekommen. Der Vertreter des

Personalministeriums lehnte es ab, weitere Einzelheiten über die Resolution mitzuteilen, bevor sie nicht vom Staatsrat gebilligt ist.

Folgende Stellen wurden in dem Bericht genannt, an die sich die Studenten oder Akademiker nach ihrer Rückkehr wenden können: das nationale Dienstleistungszentrum für zurückgekehrte Studenten, das der Staatlichen Erziehungskommission untersteht, ferner die entsprechenden Dienstleistungszentren in Dalian, Yantai, Xi'an, Ningbo "und anderen Städten".

Wann die Resolution verabschiedet wird, wurde nicht mitgeteilt. Eine solche Resolution ist zweifellos geeignet, viele chinesische Akademiker im Ausland zur Rückkehr zu motivieren. Ein entscheidendes Hindernis für die Rückkehr in die Heimat war bislang immer die Verpflichtung gewesen, in die ursprüngliche Arbeitseinheit zurückkehren zu müssen, ganz gleich, ob die frühere Stellung noch zu der inzwischen erworbenen Qualifikation paßte.

-st-

*(19)

Klage über mangelnden Schulunterricht in Allgemeinsprache

Kürzlich prangerte ein Vertreter des Rundfunk- und Fernsehbüros im Kreis Chongyang in der Provinz Hubei in einem Brief an die *Guangming-Zeitung* den weitverbreiteten Gebrauch von Dialekten im Schulunterricht an. Als Beispiel führte er die Zustände in seinem Kreis an. Im ganzen Kreis gebe es 331 Mittel- und Grundschulen mit insgesamt 73.546 Schülern. 91,8% aller Schulen im ganzen Kreis würden den Unterricht in Dialekt erteilen. Ausnahmen seien lediglich die 5 vorhandenen Mittelschuloberstufen, 19 Schwerpunktgrundschulen in Gemeinden und Kleinstädten sowie eine Mittelschule und drei Grundschulen am Stadtrand, die alle die Allgemeinsprache (*putonghua*) im Unterricht verwendeten. Dieser Zustand gebe Anlaß zu großer Sorge, insbesondere im Zeitalter der Elektronik, in dem es innerhalb des nächsten Jahrzehnts auch in China zur Einführung von Computern mit akustischer Ein- und Ausgabe komme, die einen Dialog ermöglichen. Computer aber könnten keine Dialekte, sondern nur die Allgemein-

sprache verwenden. Im übrigen erschwere der Unterricht in Dialekt für Schüler dieser Schulen den Übergang auf weiterführende Schulen in den Städten. Hier würde den Schülern aufgrund der Sprachbarrieren zumeist die Eingliederung in den Schulbetrieb unmöglich gemacht. Bereits 1955 habe die Staatliche Erziehungskommission die verstärkte Verbreitung der Allgemeinsprache an allen Schulen und Pädagogischen Hochschulen verfügt. Wenn dies bis heute nicht durchgesetzt sei, so liege das hauptsächlich an der ungenügenden Beachtung der Sprachsituation an den Schulen durch die zuständigen Behörden. Um den Zustand an den Grund- und Mittelschulen auf dem Lande zu ändern, so fordert der Verfasser des Briefes, müsse schnellstens eine Regelung für den Unterricht in der Allgemeinsprache erarbeitet werden; außerdem müßten alle Lehrer eine Qualifikation in der Allgemeinsprache vorweisen und für den Gebrauch der Allgemeinsprache im Unterricht geschult werden. (GMRB, 21.6.92)

Den Brief nahmen zwei Journalisten der *Guangming-Zeitung* zum Anlaß, mit einem Vertreter der Staatlichen Kommission für die Sprach- und Schriftarbeit ein Informationsgespräch zu führen. Trotz über dreißigjähriger staatlicher Bemühungen und großer Erfolge, so hieß es, sei es bisher nicht gelungen, die Allgemeinsprache in ganz China einzuführen. Ihre Einführung, so der Vertreter der Kommission, sei eine Angelegenheit der gesamten Gesellschaft und erfordere die Mitwirkung aller Kräfte. Er gab zu, daß gerade in den wirtschaftlich entwickelten Küstengebieten zunehmend Dialekte gebraucht würden. So werde in Wirtschaftskreisen in Guangdong und sogar in den dortigen Behörden und Ämtern zunehmend Kantonesisch gesprochen, und in Xiamen würde aufgrund der Handelskontakte mit Taiwan die Allgemeinsprache immer mehr zugunsten der Xiamen-Sprache zurückgedrängt. Dies sei sehr kurzsichtig, denn Leute aus Hongkong, Taiwan oder Singapur würden auch die Allgemeinsprache verstehen und diese jetzt zunehmend lernen.

Der Kommissionsvertreter betonte, daß die Schulen den Schwerpunkt für die Verbreitung der Allgemeinsprache darstellten. Diese sollte die Berufssprache der Lehrer sein. Wenn ein

Lehrer für Sprache und Schrift nicht die Allgemeinsprache beherrsche, dann sei er trotz reicher Lehrerfahrung nicht für diese Aufgabe geeignet. Deshalb habe seine Kommission zusammen mit der Staatlichen Erziehungskommission kürzlich eine Überprüfung der Spracharbeit an den Lehrerbildungsanstalten der Sekundarstufe durchgeführt und gefordert, daß sich die Kader, Lehrer und Studenten an diesen Schulen im Unterricht und bei sonstigen Aktivitäten der Allgemeinsprache bedienen. Die Absolventen dieser Schulen müßten die Fähigkeit haben, den Unterricht in der Allgemeinsprache zu erteilen. Um qualifizierte Menschen heranzubilden, die den Bedürfnissen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert gewachsen sind, hätten die Staatliche Kommission für die Sprach- und Schriftarbeit und die Staatliche Erziehungskommission die Forderung erhoben, daß vor dem Jahr 2000 die Grundschulen in den Städten, Kreis- und Kleinstädten sowie die Schwerpunkt-Grundschulen in den Gemeinden die Allgemeinsprache im wesentlichen eingeführt haben sollen.

Doch äußerte der Sprecher selbst Zweifel, ob diese Forderung angesichts des unterschiedlichen Entwicklungsniveaus zu verwirklichen sei. Auch hätten jüngste Untersuchungen in Guangdong gezeigt, wie schwierig die Einführung der Allgemeinsprache an den dortigen Schulen sei. In Shantou sei die Lage diesbezüglich besser als in Foshan, in den Städten besser als in den Kreis- und Kleinstädten, an den Grundschulen besser als an den Mittelschulen. Von 16 überprüften Schulen in Foshan und Shunde würden nur 6 in allen Fächern den Unterricht im wesentlichen in der Allgemeinsprache erteilen, und 5 würden nicht einmal im Sprach- und Schreibunterricht vollständig die Allgemeinsprache verwenden. Die Reform- und Öffnungspolitik sowie die Modernisierung Chinas erforderten aber unbedingt die Einführung der Allgemeinsprache. Der Sprecher rief alle Organisationen, Unternehmen und Berufsgruppen auf, sich der Allgemeinsprache zu bedienen. Insbesondere Rundfunk, Fernsehen, Film und Sprechtheater, aber auch das Behördenpersonal, Soldaten, Polizei usw. hätten die Allgemeinsprache zu verwenden. Die politische Führung aller Ebenen müsse dem Sprachproblem

verstärkte Beachtung schenken, und die Einheiten auf Provinzebene, die immer noch keine Sprach- und Schriftkommission errichtet hätten, müßten dies schnellstens tun. Außerdem sollten die Medien den Gebrauch der Allgemeinsprache verstärkt propagieren. (GMRB, 21.6.92)

Wie es scheint, ist zumal in Südchina der Gebrauch der Allgemeinsprache in letzter Zeit immer mehr zurückgegangen - nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Kontakte mit Hongkong und Taiwan. Wenn im öffentlichen Leben, in der Geschäftswelt und in den Familien Kantonesisch oder Amoy-Dialekt vorherrschen, wird es praktisch unmöglich sein, an den Schulen ausschließlich Unterricht in der Allgemeinsprache zu erteilen. Mehr denn je in der Volksrepublik erleben die Dialekte eine Renaissance, insbesondere das Kantonesische und der Amoy-Dialekt. Dies trägt auch dazu bei, das regionale Selbstbewußtsein der jeweiligen Provinzen zu stärken. -st-

*(20)

Erweiterung des Filmangebots

Wie die Hongkonger Nachrichtenagentur Zhongguo Tongxun She (9.6.92, nach SWB, 13.6.92) berichtet, soll die Verwaltung der chinesischen Filmindustrie bereit sein, in der Vergangenheit verbotene Filme, die bisher in China nicht gezeigt wurden, zu überprüfen und eventuell freizugeben. So soll der Direktor der Verwaltung der Filmindustrie, Teng Jinxian, angekündigt haben, einige verbotene Filme nach geringfügigen Änderungen für die Öffentlichkeit freizugeben. Als Hauptgrund für diese Entscheidung nannte er den Mangel an Filmen in China. Auf dem chinesischen Filmmarkt würden pro Jahr 220 Filme benötigt, doch würde nur eine Produktion von 120 Filmen jährlich erlaubt. Wenn man davon ausgeht, daß von den jährlich produzierten 120 Filmen einige aus ideologischen Gründen nicht gezeigt werden, dann ist klar, daß das Angebot bei weitem nicht ausreicht. Hinzu kommt, daß das Filmangebot seit dem Sommer 1989 aufgrund der ideologischen Ausrichtung an Reiz verloren hat. Dies alles hat die Filmindustrie in eine ernste Krise gestürzt, die in sinkenden Zuschauerzahlen und Einkünften ihren Niederschlag findet.

Einer der ersten umstrittenen Filme, der nach dreijährigem Verbot nun erstmalig in Beijing gezeigt werden kann, ist der Film "Mama" des jungen Regisseurs Zhang Yuan. Der Film, der im Ausland große Anerkennung fand, schildert die Beziehung zwischen einer Mutter und ihrem zurückgebliebenen Sohn. In der chinesischen Presse wurde der Film bereits als Produkt einer neuen Generation von Filmemachern gewürdigt. (SCMP, 3.6.92) Ob die Freigabe bislang verbotener Filme auf eine zunehmende Liberalisierung im Bereich der Kunst zurückzuführen ist, wie manche vermuten (ebd.), muß angesichts der neuerlichen Erhebung von "Maos Reden über Literatur und Kunst" zur künstlerischen Richtschnur zumindest bezweifelt werden. Vielmehr scheint es, daß wirtschaftliche Gründe zu der Entscheidung geführt haben. -st-

*(21)

Über 700 HIV-Infizierte in China

Ende 1991 soll es in der VR China 705 HIV-infizierte Personen gegeben haben. Aids sei in acht Fällen ausgebrochen (drei davon seien Festland-Bewohner), von denen alle letztes Jahr verstorben seien. Die 705 Infizierten seien durch Serumuntersuchungen bei 480.000 Personen in 15 Provinzen, u.a. in Liaoning, Yunnan, Guangxi, Guangdong und Beijing, entdeckt worden. Seit Auftreten des ersten Infizierten habe sich der HIV-Virus sehr stark ausgebreitet. Sei er zunächst durch Ausländer eingeführt worden, so breite er sich nunmehr hauptsächlich unter Einheimischen aus. Dabei handle es sich hauptsächlich um Drogenabhängige, Personen mit Geschlechtskrankheiten, Prostituierte, Rückkehrer von Auslandsaufenthalten und Partner von Virusträgern. Die Übertragung geschehe durch Blut- und sexuelle Kontakte. Eine Übertragung von Mutter auf Kind sei bisher nicht zu verzeichnen gewesen. (Zhongguo Xinwen She, Beijing, engl., 10.6.92, nach SWB, 12.6.92)

Die Situation wird in medizinischen Kreisen als sehr ernst bezeichnet, so auch in einem ausführlichen Bericht in der *Guangming-Zeitung* vom 9.5.92 (vgl. auch SWB, 24.6.92). In diesem Bericht wird eine Zahl von 615 infizierten Personen genannt. Schon diese Diskrepanz bei den Zahlen zeigt die

mangelhafte statistische Erfassung der Infizierten. Vier Fünftel der Infizierten sollen aus Yunnan stammen, und die Mehrzahl von ihnen sei durch das Spritzen von Drogen bei Mehrfachverwendung der Nadeln infiziert worden. Dem Artikel zufolge will die Regierung jetzt durch verstärkte Kontrolle der Verbreitung des Aids-Virus vorbeugen. Kontrolliert werden sollen 12 Risikogruppen, neben den obengenannten Gruppen auch Drogenabhängige, Homosexuelle, Konsumenten importierter Blutprodukte, Hotelangestellte und Reiseleiter, die mit Ausländern in Kontakt kommen, Bewohner von Grenzregionen und Heimatstädten von Überseechinesen, Personen, die Kontakt mit Aids-Patienten oder Aids-Infizierten haben, medizinisches Personal, das mit Aids-Patienten oder in Aids-Labors arbeitet, ausländische Studenten, die längere Zeit in China bleiben, und Blut- und Organspender. Für alle neu entdeckten Fälle von Infizierung und Krankheit besteht eine Meldepflicht.

In dem Bericht heißt es weiter, daß die Propaganda- und Aufklärungsarbeit der vergangenen fünf Jahre keine befriedigenden Erfolge gebracht habe, da selbst Bevölkerungsgruppen mit höherem Bildungsniveau kaum etwas über Aids wissen. Obwohl in China gute Voraussetzungen für die Vorbeugung gegen die Krankheit bestünden, wie z.B. das hohe Maß an sozialer Integration und die hohe moralische Tradition, seien die Nachteile des Systems nicht zu übersehen. Zu ihnen zählten das große Potential an Aids-Infizierten, die begrenzten finanziellen Mittel, die für Vorbeugung, Kontrolle und Forschung zur Verfügung stünden, die begrenzte Aufklärungsmöglichkeit angesichts des verbreiteten Analphabetentums sowie nicht zuletzt die Mystifizierung von Sex, sexuelle Tabus und sexuelle Repression. Fachleute verlangten daher einen neuen Propaganda- und Aufklärungsfeldzug. Auf der Oberstufe der Sekundarschulen und in der Erwachsenenbildung müsse Sexualunterricht erteilt werden, Prostitution und Unterhaltungsgewerbe seien streng zu kontrollieren.

Moralische Vorbehalte und sexuelle Tabus haben bisher eine wirksame Aufklärungsarbeit verhindert. Solange sie nicht fallen, wird die Bevölkerung weiterhin in bezug auf die Krankheit und die Möglichkeiten der Infizierung

mit dem Aids-Virus unwissend bleiben. Gerade diese Unwissenheit aber leistet der Verbreitung des Virus weiteren Vorschub. -st-

Außenwirtschaft

* (22)

Aufwind für Deutsch-Chinesische Wirtschaftsbeziehungen

Durch den Beschluß des Bundestages vom 24.6.92 werden die Beschränkungen in der entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zunächst für ein halbes Jahr bis Ende 1992 aufgehoben. Dies schafft die Voraussetzung für die Abwicklung eines Schiffsbaugeschäftes zwischen der chinesischen staatlichen Reederei Cosco und einem deutschen Werftenkonsortium.

Der Auftrag der Staatsreederei Cosco sieht die Lieferung von vier Containerschiffen vor. Zwei dieser Schiffe werden von einer ostdeutschen Werft in Wismar und jeweils ein Schiff vom Bremer Vulkan und von der Howaldtswerke-Deutsche Werft in Kiel gebaut. Der Auftragswert umfaßt 800 Mio.DM, und für drei Containerschiffe mit einem Auftragswert von 600 Mio.DM ist ein zinsgünstiger Kredit in Höhe von rund 200 Mio.DM aus dem Etat für die Werftenhilfe des Bundeswirtschaftsministeriums vorgesehen. Die Aussetzung des Bundestagsbeschlusses ermöglichte die Zustimmung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zur Vergabe dieser Subvention, die als 'entwicklungspolitisch sinnvoll' eingestuft werden mußte. (FAZ, 26.6.92)

Der befristeten Aufhebung des Bundestagsbeschlusses war eine längere Kontroverse vorausgegangen, ob die deutsche Wirtschaft im China-Geschäft nicht gegenüber der ausländischen Konkurrenz benachteiligt sei, da andere europäische Staaten bereits seit längerer Zeit ihre wirtschaftlichen Sanktionen beendet hätten. Der Bundestagsbeschluß von 1989 sieht bekanntlich Beschränkungen auf solche entwicklungspolitischen Projekte vor, die ausschließlich dem Umweltschutz,

der Förderung der Wirtschaftsreformen und direkt der chinesischen Bevölkerung dienen. (NZZ, 12.3.92) Daß diese Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, zeigt auch das namentliche Abstimmungsergebnis im Bundestag, bei dem ebenfalls Mitglieder der Unionsfraktion zu den 197 Abgeordneten zählten, die gegen die zeitlich befristete Aufhebung des Beschlusses stimmten. Für eine Aufhebung votierten 259 Abgeordnete, 17 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. (FAZ, 26.6.92) Die Aufhebung des Bundestagsbeschlusses wurde auch vom neuen Außenminister Klaus Kinkel unterstützt, der auf die wachsende Bedeutung Chinas in der Weltwirtschaft hinwies und auf die Notwendigkeit für die deutsche Exportwirtschaft, den Zugang zum chinesischen Markt aufrecht zu erhalten. Der kritische Dialog um die Menschenrechte, so Kinkel, solle mit Anreizen zu weiteren Öffnungen in China verbunden werden. (SZ, 26.6.92)

Zur 'Normalisierung' der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen wird auch die besondere Berücksichtigung Deutschlands bei der Auftragsvergabe durch die zur Zeit in Europa befindliche chinesische Einkaufsdelegation beitragen. Während die Einkaufsdelegation an deutsche Unternehmen im letzten Jahr lediglich Aufträge im Werte von 150 Mio.DM vergeben hatte, wird diesmal das Auftragsvolumen rund 500 Mio.DM ausmachen. Dies kündigte der Leiter der chinesischen Einkaufsdelegation und stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission, Gan Ziyu, vor dem Arbeitskreis China des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft an. Vorgesehen sind Bestellungen von Chemieanlagen, Düngemittelfabriken, von Hütententechnik, Elektronik, Meßgeräten und sonstigen Instrumenten, Werkzeugmaschinen, Einrichtungen für die Konsumgüterindustrie sowie Druckmaschinen, die alle außerhalb der normalen Bezüge in Auftrag gegeben werden. (FAZ, 7.7.92)

Gan Ziyu zufolge strebt China eine ausgeglichene bilaterale Handelsbilanz an und wird deshalb auch in den folgenden zwei Jahre weitere Großaufträge an Deutschland vergeben. Im letzten Jahr mußte Deutschland im Handel mit China ein weiteres Defizit in Höhe von 7,5 Mrd. DM hinnehmen, und auch im 1.Quartal 1992 konnte

China trotz der schnellen Erhöhung der deutschen Exporte noch einen Überschuß von rund 2 Mrd. DM verbuchen. (FZ, 7.7.92) -schü-

*(23)

Erneute Verlängerung der Meistbegünstigung durch USA

Der Vergabe der Meistbegünstigung an China für ein weiteres Jahr ging auch diesmal eine längere Diskussion und anhaltender Widerstand des amerikanischen Kongresses voraus. Präsident Bush machte erneut von seinem Vetorecht Gebrauch und begründete die Verlängerung wie im letzten Jahr damit, daß ein Entzug des Meistbegünstigungsstatus der Einhaltung der Menschenrechte nicht dienlich sei und China isolieren würde. Auch wären mit diesem Schritt negative Wirkungen für die amerikanische Wirtschaft in Form von Arbeitsplatzverlusten und finanziellen Einbußen verbunden. [Ihre Höhe wird auf 7 Mrd.US\$ amerikanischer Exporte und 100.000 Arbeitsplätze geschätzt: SCMP, 13.5.92] Gleichwohl wies Bush darauf hin, daß die Beziehungen zu China nicht als "normal" betrachtet werden könnten, solange sich die chinesische Regierung nicht stärker bemühe, die Menschenrechte zu respektieren. (NZZ, 5.6.92)

Sowohl im Senat als auch im Kongreß wurden gleichzeitig Gesetzesvorschläge eingebracht, um die Verlängerung der Meistbegünstigung an die Verbesserung der Menschenrechtssituation in China, an die Einhaltung von Restriktionen bei Waffenexporten und Verbreitung von Atomtechnologie sowie an einen verbesserten Zugang amerikanischer Unternehmen zum chinesischen Markt zu binden. Die Vorschläge sehen vor, daß bei einer Nichtbeachtung der Auflagen die Meistbegünstigung entfällt, mit der Folge, daß die Importzölle für chinesische Produkte von rund 3% auf durchschnittlich 60% steigen würden. In Abwandlung des bereits im letzten Jahr vorgelegten Gesetzesvorschlag sollen nunmehr bei einer Nichtbeachtung der Restriktionen lediglich staatliche Unternehmen keine Meistbegünstigung mehr erhalten; private und Joint-Venture-Unternehmen würden davon ausgenommen. (SCMP, 4.6.92) Nach Einschätzung der *NfA* vom 16.6.92 würde sich in der Praxis jedoch kaum feststellen lassen, welches